

BVÖGD



Bundesverband der Ärztinnen
und Ärzte des Öffentlichen
Gesundheitsdienstes e.V.



marburger bund
Verband der angestellten und beamteten
Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e.V.

Gemeinsame Pressemitteilung

Berlin, den 18. Februar 2013

Ärztmangel gefährdet Infektionsabwehr

200 Facharztstellen in deutschen Gesundheitsämtern unbesetzt

In den bundesweit rund 400 Gesundheitsämtern sind mehr als 200 Facharztstellen länger als 6 Monate unbesetzt. Dies ergab eine Umfrage, die der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) in Zusammenarbeit mit dem Marburger Bund in den 378 deutschen Gesundheitsämtern durchgeführt hat. Ärztinnen und Ärzte aus 186 Gesundheitsämtern (49,2%) beteiligten sich an der Umfrage im vergangenen Jahr.

Hauptursache für den dramatischen Ärztemangel in den Gesundheitsämtern ist die deutlich niedrigere Bezahlung der Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern. Die Gehälter der Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst liegen zwischen 10 und 20 Prozent unter dem tarifüblichen Niveau angestellter Ärzte in kommunalen Krankenhäusern. Ein Facharzt im ersten Jahr verdient im Öffentlichen Gesundheitsdienst rund 900 Euro pro Monat weniger als sein Kollege in einem kommunalen Krankenhaus.

„Diese Situation bereitet uns große Sorgen. Um zukünftige Grippewellen oder Infektionsausbrüche in Krankenhäusern und Gemeinschaftseinrichtungen sowie andere Gesundheitskrisen wirksam zu bekämpfen, brauchen wir einen funktionsfähigen Öffentlichen Gesundheitsdienst“, sagte die Vorsitzende des BVÖGD, Dr. Ute Teichert-Barthel.

Der Umfrage zufolge greifen die bisherigen Ansätze, Fachärztinnen und Fachärzte für den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu gewinnen, zu kurz. Lediglich etwa fünf Prozent der Ärzte in Gesundheitsämtern erhalten außertarifliche Sonderregelungen. In weniger attraktiven Regionen und

kleineren Ämtern außerhalb der Ballungsgebiete können Stellen nicht oder nur nach mehrfachen Ausschreibungen qualifiziert besetzt werden.

„Die Tätigkeit von Ärzten im Öffentlichen Gesundheitsdienst ist ebenso wie die anderer Ärzte von hoher Verantwortung geprägt. Es wird häufig außer Acht gelassen, dass ohne den Öffentlichen Gesundheitsdienst die medizinische Betreuung sozial benachteiligter, psychisch kranker und wohnungsloser Menschen ins Schleudern geriete. Die Wertschätzung für diese gesellschaftlich so bedeutsame Aufgabe muss sich endlich auch materiell in angemessenen Tarifen für die Ärztinnen und Ärzte niederschlagen“, forderte der 1. Vorsitzende des Marburger Bundes, Rudolf Henke.

